

Pressemitteilung
Kiel, 20.09.2021

SSW Ratsfraktion Kiel: Marineschiffbau in der Landeshauptstadt: Wo bleibt die Vernetzung zwischen Stadt, Land und Bund?

Zur Auslastungslücke und drohenden Kurzarbeit im Kieler U-Bootbau erklärt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion, Ratsherr Marcel Schmidt:

"Erst am vergangenen Freitag warb Oberbürgermeister Ulf Kämpfer auf der Demo zu Caterpillar um Vertrauen in den Industriestandort Kiel und führte die Investitionen bei ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) als Beleg an. Bereits, heute, am darauffolgenden Montag müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass auch bei TKMS in Kiel Probleme aufgetaucht sind. Einschnitte beim Gehalt werden verlangt, und für einen Teil der Belegschaft droht Kurzarbeit. Als Ursache wird die Verzögerung bei der Auftragsvergabe durch den Bund ausgemacht.

Es ist bitter, wenn der wichtigste Kunde von TKMS nicht in der Lage ist, einigermaßen zeitgerecht und unfallfrei einen Bestellvorgang auszulösen. Durch einen Fehler des Bundes entstehen so in Kiel erhebliche Probleme. Denn hier in Kiel sind die Arbeitsplätze in Gefahr, hier in Kiel sind Existenzen gefährdet und hier in Kiel sind die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen spürbar.

Die schlechten Nachrichten für den Industriestandort Kiel häufen sich. Der milliardenschwere Auftrag zum Bau von Mehrzweckkampfschiffen, das Rüstungsprojekt MKS 180, ging an ein Konsortium unter Führung der niederländischen Damenwerft. Die Vorgänge bei Caterpillar empören die ganze Stadt. Und nun kommt die Auslastungslücke bei TKMS.

Kiel muss aktiv werden und Verbündete in Berlin finden. Wir reden hier von Hightech-Arbeitsplätzen, um die es einen europaweiten Konkurrenzkampf gibt. Wo waren die Kieler Bundestagsabgeordneten, als es darum ging, der Marine schnell klare Vorgaben zu machen und für deren Umsetzung zu sorgen? Und gibt es eigentlich Abstimmungsprozesse zwischen der Verwaltungsspitze im Rathaus, den Abgeordneten in Landtag und Bundestag? Wenn ja, ist die Entwicklung des Industriestandortes Kiel dabei ein Thema? Gibt es konkrete Schritte, die vereinbart worden sind um den Standort zu stärken? Nach Auffassung der SSW-Ratsfraktion muss es jetzt darum gehen, die drei Ebenen Kommune, Land und Bund miteinander zu verzahnen und die nächsten Schritte transparent zu gestalten, damit die Kieler*innen mitgenommen werden und sich solidarisieren können. "